

# Der Mahnruf

Kampfblatt der Werktätigen

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement S 1.40

Erscheint wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Elisabethengasse Nr. 20. — Sperrstunden von 9 bis 12 Uhr mittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 19

Graz, Mai 1928

2. Jahrgang

## Die Geldquellen der Heimwehren u. Falenkreuzler

Die Arbeiter wissen zum großen Teil schon, von wem die Heimwehren und Falenkreuzler ausgehalten werden. Der durch die Gewerkschaftskommission in der Broschüre „Spizel“ aufgedeckte Briefwechsel zwischen dem Hauptverband der Industrie und dem Betriebspizel Schuster, hat zur Aufklärung der Beziehungen, die zwischen den Unternehmern, der Heimwehr und den Falenkreuzlern bestehen, sehr viel beigetragen.

Der Abendausgabe des „Grazr Tagblattes“ (Organ der Großdeutschen) ist nun am 20. April eine Äußerung entwichen, die von bürgerlicher Seite ein Eingeständnis über die Geldquellen der Heimwehren ist. Dort war zu lesen:

Dr. Hintelen ist ein Koalitionsfreund und andere Heimwehrführer sind gegen die Koalition. Dr. Hintelen will diese Koalitionsgegner als einflussreichster Heimwehrführer von ihrem Standpunkt abbringen. Entweder im Guten oder er wird den Heimwehren den Geldbeutel höher hängen.

Diese Erklärung des „Tagblattes“, daß Hintelen die Geldaufschüsse an die Heimwehr in der Hand hat, ist ein wertvolles Bekenntnis von bürgerlicher Seite. Damit ist erwiesen, klar und eindeutig, daß die Heimwehr im Solde der Unternehmer steht, von denen Hintelen das Geld bezieht.

Mit derselben Deutlichkeit, wie die Subventionierung der Heimwehren aus dem „Tagblatt“ zu entnehmen ist, kann jeder Arbeiter aus dem Artikel „Der Streit im böhmischen Gewerkschaftslager“ der

Abendausgabe des „Volksblattes“ vom 27. April die Bestätigung von den Falenkreuzlern selbst bekommen, daß sie Unternehmern . . . sind. Wörtlich wird darin mitgeteilt:

„ . . . daß der Deutsche Gewerkschaftsbund den Ausschluß der Deutschen Arbeitergewerkschaft beschlossen hat, weil der Sekretär Edinger nicht entlassen wurde. Eine Wiederaufnahme wird in Erwägung gezogen, wenn die Deutsche Arbeitergewerkschaft keinerlei Unternehmergelder mehr in Anspruch nimmt.“

Bekanntlich hat die Gewerkschaftskommission dokumentarisch nachgewiesen, daß der Sekr. Edinger der Deutschen Arbeitergewerkschaft von den Unternehmern für die Falenkreuzerorganisation und für sich Geld bekommt. Um noch zu retten, was zu retten ist, erklärt der Deutsche Gewerkschaftsbund: wir schließen den Teil, der Geld von den Unternehmern angenommen hat, aus. Damit glauben sie, den Arbeitern vordrücken zu können, daß die Falenkreuzler nicht als Gesamtheit, sondern nur Teilorganisationen von Unternehmern ausgehalten werden. Diese Rettungsversuche sind Nebenache. Wichtig ist das Bekenntnis von Falenkreuzlern, daß Falenkreuzler-Organisationen von Unternehmern gehalten werden.

Elemente, die trotzdem in der Heimwehr und bei den Falenkreuzlern verbleiben, müssen bei dieser Sachlage, wo jeder Arbeiter schon genügend Beweise über die Verbindung dieser Organisationen mit den Unternehmern in Händen hat, offen als Lumpen betrachtet, bezeichnet und behandelt werden.

## Die Gemeinderatswahlen.

Drei Erscheinungen in diesen Gemeinderatswahlen müssen die Proletarier ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Erstens: Die bürgerlichen Parteien sind in allen Gemeinden als Einheitsliste den Sozialdemokraten entgegengetreten. Zweitens: Die Bürgerlichen haben unter den kleinstädtischen Schichten in Stadt und Land verloren, die Sozialdemokraten unter dem Industrieproletariat. Drittens: Die Andriker Arbeiterschaft hat durch die Stimmzettel nicht verhindern können, daß 7 bürgerliche Gemeinderäte ins Gemeindegeldhaus eingezogen sind. Vor einem Protestaufmarsch der Andriker Arbeiterschaft haben aber alle bürgerlichen Mandatäre, mit Respekt gesagt, in die Hosen ge . . . die Flucht ergriffen.

Die erste Erscheinung beweist den schwankenden Boden, auf dem die kapitalistische Gesellschaftsordnung in Österreich steht. In keinem Lande der Welt ist die Bourgeoisie so schwach, wie in Österreich. In Deutschland, Frankreich usw. können die Bürgerlichen getrennt marschieren, hier müssen alle bürgerlichen Parteien sich zum vollendeten Bürgerblock zusammenschließen, um parlamentarisch den Boden zu behaupten. Parlamentarisch schwach rücken die Bürgerlichen im Hintergrund den Faschismus auf, um mit außerparlamentarischen Mitteln wie die Heimwehr, die Arbeiter niederzuhalten und — erlaubt es die außenpolitische Lage — die Arbeiter mit einer faschistischen Diktatur niederzuschlagen.

Die zweite Erscheinung wird in der Presse der Bürgerlichen und Sozialdemokraten als Wahlsieg gefeiert. Die Sozialdemokraten jubeln, wir haben in der Oststeiermark gut abgeschnitten, in Gleisdorf, Leibnitz usw. Die Bürgerlichen jubeln, die S. P. hat in den Industriegemeinden wie Donawitz usw. verloren. Groß sind diese Verluste zwar nicht, aber sie beweisen, daß die S. P. unter dem Industrieproletariat an Einfluß verliert, während sie in kleinstädtischen Schichten Einfluß gewinnt. Das bedeutet: Das Industrieproletariat, die Avantgarde der Werktätigen, ist mit der S. P. wegen ihrer kleinstädtischen Politik, die deswegen auch nur mehr kleinstädtische Schichten anzieht, unzufrieden. Sie wollen zurück zu den alten Formen des Klassenkampfes, zum entschlossenen Kampf um ein größeres Stück Brot, zur Verbesserung ihrer Lebenslage, denn Wahlsiege allein sind eine schlechte Kost für Hungerige.

Die dritte Erscheinung, Flucht der bürgerlichen Mandatäre in Andritz vor der demonstrierenden Arbeiterschaft ist das Symbol wie die Arbeiterschaft es anstellen muß, um sich ihrer Ausbeuter zu entledigen. Die Stimmzettel haben den Bürgerlichen in Andritz zwar ein Mandat mehr verschafft. Vor den drohenden und zum Dreinschlagen bereiten Arbeiterhäufen sind alle sieben bürgerlichen Mandatäre zum Teufel gerannt. Die größten Scharfmacher haben volle Hosen bekommen und alle Kracher haben Angesichts der empörten Masse mit einer Gelentigkeit, wie sie ihnen in der Jugend kaum gegeben war,

## Henker Horthy greift nach Bela Kuns Kopf.

Die „Inprekorr.“ meldet aus Wien: Die ungarische Regierung hat in einem besonderen Ministerrat beschlossen, die Auslieferung des Genossen Bela Kun von der österreichischen Regierung zu begehren. Aus Budapest sind zwei ungarische Polizeibeamte eingetroffen, die die Polizei Schobers an den Untersuchungen teilnehmen ließ. Die beschlagnahmten Materialien werden überdies den Budapest Behörden zur Einsicht vorgelegt. Es verlautet, daß der berichtigte ungarische Polizeihauptmann Schweiniger selbst zur Untersuchung nach Wien kommen soll. Die ungarische Regierung hat bereits einige Verhaftungen in ungarischen Provinzstädten im Zusammenhang mit dem Fall vorgenommen.

Der ungarische Justizminister erklärte, es habe sich durch die österreichischen Erhebungen ergeben, daß die ungarische Regierung ein Auslieferungsbegehren gegen Bela Kun an Österreich richten werde. Er hoffe, daß die österreichische Regierung dem Antrag Folge geben werde. Die Oberstaatsanwaltschaft hat die Bela Kun-Akten im Gewicht von etwa 150 Kilo hervorgeholt. Kun wird, um die nur wegen gemeinen Verbrechen zulässige Auslieferung zu erreichen, folgender Verbrechen beschuldigt: Mord in 179 Fällen, Hochverrat, Antrabe, Geldfälschung, Erpressung, gewerbdmäßiger Dieb-

## stahl und Einschränkung der persönlichen Freiheit. (1)

Der beachtlichste Mord Horthy-Ungarns muß mit einem Proteststurm des internationalen Proletariats beantwortet werden. Der ehemalige Volkskommissar Räte Ungarns darf nicht dem Henker Horthy in die Hände fallen.

## Keine Auslieferung Bela Kuns? Nach den österreichischen Gesetzen ausgeschlossen.

Wien, 2. Mai. (Priv.-Tel.) Heute erschien der Rechtsanwalt Bela Kuns, Dr. Rosenfeld, beim Justizminister Dr. Dinghofer, um sich in Anbetracht der von der ungarischen Regierung gestellten Forderung nach Auslieferung Bela Kuns zu informieren, wie sich die österreichische Justizbehörde zu dieser Forderung stellt. Justizminister Dr. Dinghofer erklärte, daß es nach den österreichischen Gesetzen so gut wie ausgeschlossen erscheine, daß Bela Kun ausgeliefert werden könnte.

Das internationale Proletariat darf sich durch diese Meldung nicht irritieren lassen. Die Verurteilungen der Horthyreg. e in der Seipelregierung dürfen nicht ernst genommen werden. Echöble Wachsamkeit ist geboten.

Jäne überklettert. So eine radikale Wirkung hatte die Demonstration. Diese Erscheinung ist sicherlich die lehrreichste. Das Proletariat hat aber jeden Tag tausendmal mehr Ursache mit diesem radikalen Mittel gegen die Bürgerlichen einzusetzen, als um ein Mandat.

## Was lehrt die Wahl in Frankreich?

### Die kapitalistische „Demokratie“.

Der Lutzem haben in Norwegen die Kapitalisten die norwegische „Arbeiterregierung“ gestürzt mit der einfachen Drohung, die Valuta zu ruinieren. — Jetzt haben in Frankreich die Kapitalisten angedroht: entweder Wahl der kapitalistischen Parteien — oder wir ruinieren den Franken. Heult: Mord nach rechts.

Solange die Bourgeoisie über die Mittel der Produktion, der Verteilung und die Waffen verfügt, kann sie ihre Diktatur am besten ausüben in der Form der bürgerlichen „Demokratie“. Die sozialdemokratische Lehre: „Wir werden die Macht mit dem Stimmzettel erobern“, erweist sich als größte Illusion und zugleich als das beste Mittel, das Proletariat zu Gunsten der Kapitalistenklasse einzulullen. Demokratie, ja! — aber die Voraussetzung dazu ist: das Proletariat muß der Kapitalistenklasse die Verfügung über die Waffen, über die Produktionsmittel, über die Verteilungsmittel im revolutionären Kampf entreißen und aufrichten die proletarische Demokratie, die proletarische Diktatur.

## Einte und rechte Kommunisten im feirischen Wahlkampf.

Für eine revolutionäre Partei bedeuten Wahlerfolge nicht Machteroberungen der Arbeiterklasse, sondern Herrschaft über die Massen, die der Fahne des Klassenkampfes, dem Kommunismus, folgen. Von diesem Gesichtspunkt ist eines der wichtigsten Ergebnisse des feirischen Wahlkampfes, daß die Anziehungskraft der S. P. auf die proletarischen Schichten nicht mehr wächst, sondern im Gegenteil im Abflauen begriffen ist, während sie in den kleinbürgerlichen, sowohl städtischen, wie bäuerlichen Kreisen noch bedeutende Fortschritte macht. Für uns als Kommunisten ist in dieser Situation die Beantwortung der Frage **das Entscheidende**. Welche Wege schlagen jene Arbeiter ein, die sich infolge ihrer Erfahrung mit dem kleinbürgerlichen Kurs der S. P. von ihr abwenden? Stoßen sie gegenwärtig zum Kommunismus. Die Stalinmänner haben in jira 12 bis 15 Ortschaften Kandidaten aufgestellt. Der Erfolg davon? In den ausgesprochenen Industrieorten **Eisen- und Kapfenberg** wurden die Mandate verloren, und in **Barnbach** — auch dort nur mit Unterstützung von den Volksberger Genossen — wurde ein Mandat erobert. Wir linken Kommunisten, denen keinerlei materielle Mittel zur Verfügung stehen, haben nur in zwei Gemeinden, Tregitz und Volksberg Kandidaten aufgestellt. Im ersten Anlauf gelang es in Tregitz ein Mandat zu erobern. So beweisen die feirischen Wahlen sinnfällig, daß die Arbeiter-

schaft mit den rechten Stalin-Kommunisten nichts zu tun haben will. (Die Verbannungen der Mittläufer Lenins, Trozkys, Rakowskys, Rabels usw., haben das Ansehen der Stalin-Kommunisten vollends untergraben. Die Med.) Aber sie beweisen auch eines: Daß die Gefahr droht, daß die Arbeiter, welche die S. P. bereits durchschauen, die aber mit den Stalin-Kommunisten nichts zu tun haben wollen, in die Indifferenz verfallen. Das revolutionäre Proletariat zu sammeln, es auf den Weg des Kampfes zu führen, das ist die Aufgabe der linken Kommunisten. Nur wenn wir dieser Aufgabe gewachsen sind, kann die ungeheure Gefahr überwunden werden, daß sich auf den Rücken verweiselter, indifferent gewordener Arbeitermassen der Faschismus in den Sattel schwingt.

## Was tun?

Von Kurt Landau.

In den 10 Jahren, die seit dem Zusammenbruche vergangen sind, hat die Erfahrung alle Theorien, Hoffnungen und Illusionen des Reformismus über den Haufen geworfen.

Der Weg der bürgerlichen Demokratie sollte die „blutigen Untoten“ der Revolution erregen. Aber dieser Weg hat nicht zum Sozialismus geführt, wie uns die Reformisten teils demagogisch, teils illusionistisch versprochen haben, er hat über den 15. Juli schließlich zur Aufrichtung eines reaktionären Gewaltregimes der Bourgeoisie geführt, das ebenso blutig, ebenso brutal und ebenso korrupt ist, wie die alte Monarchie. Nicht in den Sozialismus, sondern in das Joch der Arbeitslosigkeit, des Hungerlohns, der Rechtslosigkeit ist das Proletariat hineingeworfen.

So hat die Entwicklung selbst die Richtigkeit der kommunistischen Auffassungen bestätigt, sie hat bewiesen, daß eine wirkliche, dauernde Besserstellung der Massen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft unmöglich ist; jedes Zugeständnis, das die Bourgeoisie der Arbeiterklasse in revolutionärer Zeit macht, jede Forderung, die durch eine Massenbewegung erkämpft wird, behält nur solange Geltung, als die lebendige Kraft der Massen die Durchführung der Zugeständnisse erzwingt. Wenn der Druck der Massen abflaut, wenn die revolutionäre Welle verblet, dann verwandelt sich die Zugeständnisse allmählich, sie werden „verbessert“, „novelliert“ und schließlich als „revolutionärer Schutt“ beseitigt. So ergeht es uns mit allen sozialpolitischen Errungenschaften, mit dem Achtstundentag, dem Urlaubsgesetz, dem Betriebsrätegesetz usw.

Die wirkliche Erreichung eines menschenwürdigen Daseins ist der Arbeiterklasse im Zeitalter des verfallenden Kapitalismus, des Imperialismus noch weniger möglich als früher. Die ganze Wucht des verschärften Konkurrenzkampfes innerhalb des Kapitalismus lastet auf ihr.

Die ganzen grauenhaften Schrecken des kommenden Weltkrieges, der unvermeidlich ist, da er sich mit eherner Notwendigkeit aus dem Kapitalismus ergibt

**Spendet für den Preßfond!**

als die höchste Steigerung des Konkurrenzkampfes, drohen ihr. — Es ist nur Heuchelei, wenn die „Arbeiter-Zeitung“ am 29. April schreibt: „Niemand hätte damals (1918 — Anm. d. Red.) geglaubt, daß noch während der Lebensdauer derselben Generation die Kriegsgefahr wieder ihr blutiges Haupt erheben werde“. Waren es nicht wir Kommunisten, die seit 10 Jahren unaufhörlich die Arbeiterklasse lehrten, daß nur die Beseitigung des Kapitalismus, daß nur die proletarische Revolution, die Aufrichtung der proletarischen Diktatur sie vor einem neuen, noch grauenvolleren Krieg, vor neuer Ausbeutung, Unterjochung und schließlichlicher Abschachtung im Krieg bewahren kann?

In den meisten Ländern Europas haben die fortgeschrittensten, die politisch reifsten Schichten der Arbeiterklasse die Richtigkeit der kommunistischen Auffassungen erkannt, sie haben die Sozialdemokratie, die Reformisten, die Prediger der Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital, die Apostel des imperialistischen Weltkrieges, die kleinbürgerlichen Demokraten verlassen und sich unter dem Banner der proletarischen Revolution, der 3. Internationale des Kommunismus gesammelt. Die kommunistischen Parteien der Tschechoslowakei, Deutschlands, Frankreichs, die illegalen Parteien Italiens, Polens, Bulgariens sind zu einer solchen Vorhut des Proletariats geworden.

(Fortf. folgt.)

## Ausbeutungsmethoden auf den Landmühlen.

Die Mühlenunternehmer auf dem Lande haben es seit jeher vorzüglich verstanden, gefühligen Bestimmungen ein Schnippchen zu schlagen. Heute verstehen sie diese Kunst aber besser denn je. Von der achtstündigen Arbeitszeit, die jeder Kleingewerbetreibende einzuhalten hat, ist auf dem Lande keine Spur. Dort heißt es meist zwölf bis vierzehn, ja achtzehn Stunden schuften. Dafür wird aber kein Zuschlag für Überstunden bezahlt, ja nicht einmal die einfache Überstundenentlohnung. Auch der Sonntag muß für die Arbeit herhalten, allerdings mit 5 Schilling Entschädigung, das sind nicht einmal 50 Groschen per Stunde. Bei all diesem Schuften kommen pro Woche für den Mühlenarbeiter nicht mehr als 12 bis 15 Schilling Lohn zur Auszahlung. Dazu hat er allerdings Kost und Quartier. Aber wie schauts damit aus? Die Weiten starren von Ungeziefere; die Weltwische wird oft ein Vierteljahr nicht gewechselt, die Dedden flinken vor Schmutz, Kleiderkästen gibt es keine, Waschgelegenheit ist selten vorhanden. Ebenso ist es mit der Kost; diese ist entweder ungenügend oder ungenießbar. Der Mühlenarbeiter auf dem Lande führt also eher das Leben eines Einlegers, als eines Arbeiters. Der Versuch, diese Zustände zu ändern und das Los der Arbeiter halbwegs menschenwürdig zu gestalten, stößt überall auf den Widerstand der Mühlenunternehmer, welche aber noch die Frechheit besitzen, bei jeder Gelegenheit die Maske des Wiedermannes und Arbeiterfreundes hervorzuziehen.

## Das Arbeitslosenversicherungsgesetz.

VI.

**Die Vermittlung.** Darüber besagt das Arbeitslosen-Versicherungsgesetz:

„Der Arbeiter ist verpflichtet, eine ihm durch das Arbeitslosenamt zugewiesene entsprechende Beschäftigung anzunehmen. Als entsprechend wird jene Arbeit angesehen, die den körperlichen Fähigkeiten angemessen ist, welche die Gesundheit nicht gefährdet.“

Das Arbeitslosenamt Graz hat sich in vielen Fällen nicht daran gehalten. So wurden im Vorjahre Arbeiter nach Felzbach und auch ins Tauernmoor gesandt, bei denen man keine Rücksicht auf körperliche Gebrechen nahm.

In den ersten acht Wochen darf ein Arbeitsloser nur in seinem Beruf vermittelt werden.

Nach acht Wochen, sagt das A. V. G., kann die Vermittlung ohne Rücksicht auf den erlernten Beruf erfolgen. Arbeit unter dem Kollektivvertrag braucht niemand anzunehmen und soll niemand annehmen.

Ebenso hat jeder Arbeitslose das Recht, eine Arbeitsvermittlung in Betriebe, wo eine Aussperrung erfolgte oder gestreikt wird, zuzudeckeln, ohne daß er nach dem satzamen Paragraphen „Verweigerung einer entsprechenden Arbeit“ zum Unterstufungsbetrag von 8 Wochen aufwärts verurteilt werden kann.

Nach auswärts. Das A. V. G. sagt:

„Der Arbeitslose ist verpflichtet, auch eine ihm außerhalb seines bisherigen Arbeits- und Aufenthaltsortes zugewiesene entsprechende Beschäftigung anzunehmen, sofern in seinem künftigen Arbeitsorte eine entsprechende Unterkunft möglich ist und die Versorgung der Familienmitglieder, zu deren Er-

haltung er verpflichtet ist, durch Annahme der Arbeit nicht gefährdet wird.“

Kein Familienvater, keine verheiratete Frau, kein Arbeitsloser, der nachweisbar für Eltern oder Geschwister zu sorgen hat, braucht auf Grund dieses Paragraphen 6 eine Arbeit auswärts anzunehmen. Das ist klar. Anders verhält sich die Sache mit der „entsprechenden“ Unterkunft. Im Vorjahre haben die Arbeiter, die zum Bahnbau Felzbach kamen, in der Anfangszeit überhaupt keine Unterkunftsräume vorgefunden und viele mußten in Stallungen ihr Nachtlager aufschlagen. Einigen, die deswegen zudackelten, versuchte die J. W. R. die Unterkunft zu nehmen. Hier liegt es, wie in den meisten Fällen, besonders an den Arbeitervertretern der Schieds- und Industriellen Bezirkskommission, daß nicht jeder Baufall als eine „entsprechende“ Unterkunft für Arbeiter betrachtet wird.

## Mit Resolutionen gegen die Arbeitslosigkeit.

Der Freigewerkschaftliche Arbeitslosenausschuß ließ durch eine lange Rede Lottschalks in der Industriehalle eine Resolution gegen die Einwanderung „Ortsfremder“ in die Industriebetriebe zur Abstimmung bringen, die den Regierungsstellen und der I. O. R. übergeben werden soll. Die Lösung gegen die „Ortsfremden“ bringt Verwirrung. Was der F. A. A. wollte, ist viel besser mit der Parole „Gegen den Zugang der Landarbeiter in die Industriebezirke“ ausgedrückt. Wir sind für diese Abwehrmaßnahme, die eine Vergrößerung des Arbeitslosenheeres in den Industriebezirken verhindern soll. Wir sind vor allem deshalb dafür, weil die Faschisten aus dem Lande ihre Reserven für den Ausbau faschistischer Organisationen in den Industriebezirken beziehen. Falsch ist es, Forderungen zu erheben, daß die Regierungsstellen Abhilfe schaffen werden.

Hatwendig ist: ernstlicher Kampf um die Einbeziehung der Landarbeiter in die Arbeitslosenunterstützung, aktive Unterstützung der Landarbeiter in diesem Kampfe durch das Industrieproletariat, aktive Mitwirkung bei Aufnahmen in die Betriebe durch die Betriebsräte, die vielfach sich um dieses Recht gar nicht kümmern, und Mobilisierung der Gewerkschaftler gegen das Eindringen der Heimwehrprek in die Betriebe. Das Kernproblem liegt aber in der Beschaffung von Arbeit, wozu ein ernstlicher Kampf zur Aufbringung der Geldmittel geführt werden muß. Ist Arbeit vorhanden, dann sind auch keine Abwehrmaßnahmen gegen den Zugang vom Land mehr notwendig. Dieses Kernproblem — Arbeitsbeschaffung — wird von der Gewerkschafts- und Parteibürokratie umgangen. Wir werden in einer der nächsten Nummern ausführlich darauf zu sprechen kommen.

## Der Verlauf der Maidemonstrationen.

In Graz waren die Maidemonstrationen stark durch die schlechte Witterung beeinflusst. Trotzdem sammelten sich am Orlasplatz mehrere Hundert Teilnehmer zur Demonstrationseröffnung der Kommunistischen Partei (Opposition). Die Stalin „Kommunisten“ hatten am 30. April in einem kleinen Sälehen den 1. Mai gefeiert. Ihr Einfluß ist trotz Hyfasengefähr und Selbstüberhebung schon so weit gesunken, daß sie am 1. Mai nur mehr als Zuschauer wirken können. Das sind die Folgen ihrer einzigen aktiven Arbeit, nämlich die Zerstückelung der Organisation. Wollen sie auch in Zukunft diesen Weg weitergehen?

Die Maidemonstration der Sozialdemokraten erhielt heuer im Zeichen der wachsenden Reaktion ein Zwischenpiel. Am Ring und Freiheitsplatz prozessierten Palantkreuz- und Heimwehrbanditen die Demonstrationen. Am Ring wurden mehrere derselben anständig verprügelt. Am Freiheitsplatz bekamen die Kerle leider unter dem Schutze der Burgfriedensprediger freien Abzug.

In Wien sind die Maidemonstrationen sowohl der Kommunisten als auch der Sozialdemokraten ohne Zwischenfall verlaufen.

In Berlin wurde eine gemeinsame Maidemonstration aller Gewerkschaften und proletarischen Parteien durchgeführt, welche eine große Massenbeteiligung aufwies.

In Paris wurde mit Ausnahme der öffentlichen Ament überall die Arbeit eingestellt. Ein Polizist wurde schwer verwundet. 84 Verhaftungen wurden vorgenommen. Im übrigen verlief der 1. Mai ruhig.

In Warschau nahm die Feier des 1. Mai einen blutigen Verlauf. Als ein kommunistischer Abgeordneter die Rednertribüne bestiegen wollte, kam es zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Sozialisten (ließ Sozialfaschisten). Acht Tote und 215 Verletzte waren die Opfer derselben. Die bewaffnete Miliz der polnischen sozialdemokratischen Partei besteht aus bezahlten Soldnern, die längst

die Verbindung mit der Arbeiterklasse verloren haben. Diese bewaffnete Parteigarde, die mit der politischen Polizei in Verbindung steht, spielt unter dem derzeitigen Regime die Rolle einer faschistischen Miliz. Bezeichnend ist, daß alle bürgerlichen Blätter für diese Sozialfaschisten eintreten. Da die polnische sozialdemokratische Partei bei den letzten Wahlen eine große Niederlage erlitt, versuchte sie mit Gewaltmitteln die Führung der Massen, die größtenteils aus Kommunisten bestand, am 1. Mai an sich zu reißen. Der 1. Mai 1928 in Polen, bildet ein weiteres Glied in der Kette der Blutbänder der 2. Internationale.

In Moskau nahm über eine Million an der Maidemonstration teil. Während der Truppenparade auf dem Roten Platz kreisten Militärflugzeuge über demselben.

In China wurden Märsche verboten. Umzüge wurden mit Waffengewalt zerstreut. Panzerautos standen in den Straßen der großen Städte aufgestellt.

## Den Stalin-Kommunisten ins Stammbuch.

Wer erinnert sich nicht, daß vor einem Jahre die Stalin-Kommunisten über die Opposition mit Gewaltmitteln und Schimpfwörtern herfielen, weil sie in der damalig entsprechenden Situation, die Lösung für die S. P. zu stimmen ausgab. Wir haben damals genügend die politische und taktische Begründung hierfür gegeben. Trotzdem wurden wir mit Rot beworfen. Und nun um ein Jahr später lesen wir in der „Roten Fahne“ vom 22. März, auf Seite 3 folgendes: Wahl in Währing (Wiener Bezirk). „Das I. R. stellt frei für die sozialdemokratische Liste zu stimmen“. Die Parole gab man also nach dem 15. Juli heraus. Was sagen dazu unsere „100prozentigen“ Stalin-Kommunisten von Graz? Sie werden in ihrer politischen Rückständigkeit weder unsere damals richtige Wahltaktik, noch die Konfusionspolitik ihres I. R. begreifen.

## Der Einbruch bei Raffner & Ohler am 5. März und worüber die bürgerliche Presse-menge schwieg.

Am 9. und 10. März berichteten die bürgerlichen Blätter über den Einbruch bei Raffner und Ohler. Kleider, Ewaren und Bargeld war die Beute, welche der ehemalige Geschäftsdienstler Tuschku dieser Firma als Täter mitnahm. Von dem Bargeld übermittelte er einen Teil seinen Hieseltern bzw. Hiehoater, um wie er meinte, auch ihnen einige bessere Tage schaffen zu können. Jedoch bald war das „Glück“ zu Ende. In Salzburg wurde Tuschku verhaftet und in Graz zu 8 Jahren schweren Kerker verurteilt. Damit war für die bürgerliche Presse die Sache abgetan, denn der Eingriff in das „Privateigentum“ war gesühnt. Wir sind nicht diejenigen, welche diese Art des Eingriffes in das „Privateigentum“ befürworten oder verherrlichen, da nur der Kampf um die Beseitigung des Kapitalismus, die Beseitigung des „Privateigentums“ die Befreiung der unterdrückten Klasse aus Not und Elend bringt.

Wir wollen heute aber aus diesem Falle wieder einmal den Beweis erbringen, daß die heutige tausendfach verfluchte Gesellschaftsordnung selbst die besten Menschen zu Verbrechern macht.

Tuschku ist das ledige Kind des **Gendarmen-Revierinspektors i. R. Koch Franz** in Mautern. Derselbe ist auch **Haus- und Landbesitzer** sowie **Mitaktionär der Federweiss-Witten-Gesellschaft in Mautern**. Im Alter von 6 Wochen übergab man ihn der Pflegemutter Tinnacher. Nur zweieinhalb bis drei Jahre bezahlte man denselben Werpflögskosten. Durch das Ableben ihres ersten Mannes und des Verlustes ihres eigenen Sohnes in Amerika kam die Frau Tinnacher in eine mißliche Lage. Sie schickte deshalb den Pflegeohn Tuschku, welcher bereits 15 Jahre in ihrer Pflege war,

mit dem Ersuchen um Weiterverorgung an seinen wirklichen Vater nach Mautern. Dort angekommen, ließ ihn Koch Franz im **leeren Dachboden übernachten** und führte ihn tags darauf mit **Sejonten auf, zum Bahnhof**, mit dem Bemerkeln: „**Geh hin, wo du hergekommen bist, wenn du etwas bist, dann launst du zu mir kommen.**“ So sprach und handelte sein Vater, Revierinspektor Koch, der **mehrere Medaillen** an seiner „Ehrenbrust“ trägt und zu seinem Sohn sagte: „**In immer fleißig beten, geh' zu keinem Verein und denke immer an Sterben.**“

Von diesem „christlich-frommen“ Vater verstoßen, kam er wieder nach Graz zur Pflegemutter. Durch das Jugendumt wurde er dann in die **Ronditorel-Schödl, Widenburggasse**, vermittelt. Ein schmuhiges, nasses Zimmer war sein neues Heim. Hunger für lange Arbeit war sein Lohn. Für fünf Personen waren 40 dkg Fleisch oft das Mittagessen. Dafür gab man ihm umfomehr Alkohol. Nach drei Monaten holte ihn die Pflegemutter aus begrifflichen Gründen wieder weg. Darauf kam Tuschku zu Raffner und Ohler, wo er zirkel zweieinhalb Jahre den Dienst eines **Lisjungen und Geschäftsdienstlers** versah. Sein Wochenlohn war 14 Schilling, wovon er allein 4 Schilling für Quartier bezahlen mußte. Wasser und Brot war nach Aussage seiner Quartierfrau oft sein Frühstück. Eine schwere Lungenerkrankung hatte seine Entlassung zur Folge.

Tuschku arbeitete dann mit seinem Pflegevater Tinnacher in der **Leigtisch**, wo letzterer verunglückte und sich einen Fuß brach. Zugleich kam seine halberblindete Pflegemutter ins Spital. Mit 10 Schilling Rente mußte Tinnacher nun auch die Spitalkosten seiner Frau bezahlen. Nach Einstellung der Arbeit in der Leigtisch, begnugte sich Tuschku oft mit **Hunde- und Rapsfleisch** als Nahrung. Nach Wiederherstellung und durch die Not getrieben, ging Tinnacher und Tuschku mit einem Arbeitertransport nach **Frankreich**, wo sie vier Monate arbeiteten. Von dort zurückgekehrt, ging das Elend weiter. Da sie seit 1922 keine eigene Wohnung hatten, mußten sie seit dieser Zeit bei **Schellander 5 bis 8 Schilling** für Einmahlung der Möbel monatlich bezahlen und außerdem für eine möblierte Wohnung 35 Schilling Monatsmiete.

Tuschku, von dem selbst die bürgerliche Presse schreibt, daß er in seiner Art ein gutes Herz zu haben scheint, legab sich nun auf den Weg der Selbsthilfe. Mit dem Ergebnis des Einbruches bei Raffner & Ohler wollte er sich und seinen Pflegeeltern das bitter Los erleichtern. Jedoch die **Knedste des Kapitals** brachten ihn wegen seiner „Unzufriedenheit“ auf drei Jahre in den Kerker, sowie auch seinen Pflegevater auf vier Monate und Stellung unter **Polizeiaufsicht**. Selbst die fast erblindete Pflegemutter sperrte man vier Wochen ungeschuldig ein. Bei ihrer Entlassung verweigerte man ihr sogar die Rückgabe der eigenen Schuhe und wollte sie mit alten Männer-schuhen oder barfuß hinauswerfen.

Die Justiz deckt die wirklichen großen Verbrecher und macht die Angehörigen der arbeitenden Klasse aus Menschen zu „Verbrechern“. Das ist die „gottgewollte Ordnung“ der bürgerlichen Republik, welche auch die Sozialdemokratie verteidigt.

**Proletariat! wie lange duldet Ihr das noch?**

## Artenit im Kaffee?

**Fünfzig Arbeiter eines Eisenwerkes erkrankt.**

Ein beispielloser Schurkenstreich ist in den Rheinischen Eisenwerken Gebrüder Faber in Düren im Rheinland verübt worden. Bei der Kaffeepause um 9 Uhr morgens brachen zahlreiche Arbeiter der Fabrik nach dem Genuß von Kaffee unter außerordentlichen Vergiftungsercheinungen zusammen. Etwa 50 Mann der Belegschaft mußten sofort ins Dürener Krankenhaus geschafft werden, wo die ärztliche Untersuchung ergab, daß der von ihnen genossene Kaffee **Arsenit** enthielt hatte.

### Das Paradies der Ratten und Mäuse, aber nicht der Mieter.

Der „ehrenwerte“ Bürger Reinbrecht, Zuckerbäcker und Hausverwalter in der Hauptergasse 3, ist wirklich ein feiner Herr! Sein Ideal als Hausverwalter ist, den brutalsten Zindgeiern gleichzukommen. Tausenderlei Schikanen müssen sich die armen Teufel gefallen lassen, die dort in dampfen, nassen Wäldern haufen. Nächte hindurch verhindert sie der Kravall der Wäldereimaschinen am Schlafen, insbesondere in der Weihnachtszeit und zu Ostern, denn der „ehrenwerte“ Zuckerbäcker pfeift besonders in solchen Zeiten auf das Nachbaverbot.

So wenig er aber für die Mieter übrig hat, so „human“ verhält er sich den Ratten und Mäusen gegenüber. In seinen Lagerräumen, in denen keine Spur von Keimlichkeit vorhanden ist, haben sie keine Schikanen zu befürchten. Hier zwischen verschiedenen Dachwerk, umgeben von dreifachen Wänden, geben sich Ratten und Mäuse ein fröhliches Stelldichein. Hier was geniert das den Bürger Reinbrecht? Für die Proleten sind die Sachen gut genug. Und damit nur genug von den „appetitlichen Sachen“ unter die Leute kommt, hat er die Sperrstunde abgeschafft und verkauft noch nach 10 Uhr abends. Aber er hat nicht nur eine dreieckige Bude, sondern auch ein ebensolches Maul. Ein junges Mädel, das bei ihm als Hilfskraft eingestellt war, betitelte er gewöhnlich nur mit „Sau“, „Schwein“ usw. Es wäre wohl höchste Zeit, daß sich das läbliche Gesundheitsamt und der Lebens- und Genußmittelarbeiter-Verband um diese Bude kümmern würde.

## Verschiedenes

### Keine Auflösung des roten Frontkämpferbundes in Deutschland.

Berlin, 2. Mai. (Wolff.) Der IV. Straffenrat des Reichsgerichts als Staatsgerichtshof hat, wie die Blätter melden, heute Nachmittag auf den Einspruch der 16 Länderregierungen gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes in nicht öffentlicher Sitzung folgende Entscheidung verkündet: Die Weigerung der Landesbehörde, dem Ersuchen des Reichs-

innenministeriums stattzugeben, ist begründet. Die Kosten des Verfahrens werden dem Reiche auferlegt. Der Straffenrat steht, wie aus der Begründung seines Beschlusses hervorgeht, die gesetzliche Voraussetzung für das vom Minister v. Reudell verlangte Verbot nicht als gegeben an.

Der Staatsgerichtshof hat es wohl nur aus propagandistischen Gründen wegen der Reichstagswahlen zurückgezogen. Er fand den Zeitpunkt nicht geeignet.

### Flugmotor ohne Betriebsstoff.

Die amerikanische Luftflotte macht gegenwärtig Versuche mit einem neuartigen Flugzeugmotor, der mit einem Elektromagnet so konstruiert sein soll, daß keinlei Betriebsstoff notwendig ist. Der Motor kann mit einer elektromagnetischen Fällung 2000 bis 3000 Stunden ohne Unterbrechung funktionieren, in der Minute bis 1800 Umdrehungen bewirken. Der Elektromagnet soll die Elektrizität der Luft und Erde mit verwenden. In technischen Kreisen mißt man der Erfindung große Bedeutung bei. Sie wird in den Fordwerken vervollständigt.

### Zwei Kinder und einen Bubilopf.

In Ohligs (Rheinland) hatte sich vor einiger Zeit eine Proletarierin wegen Beamtenbeledigung zu verantworten. Der Anklagevertreter meinte bei dieser Gelegenheit folgendes: „Sie sind nicht verheiratet. Sie haben aber zwei Kinder und einen Bubilopf haben Sie auch. Ich beantrage in Ihrem eigenen Interesse 3 Monate Gefängnis, damit Sie sich ein anderesmal überlegen, mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt zu kommen.“

**Schreckliche Überschwemmungen** verheeren die Stadt Santos in Brasilien, so daß einzelne Bezirke vollkommen von der Umwelt abgeschnitten sind. Kürzlich wurden die Bewohner der Stadt von einem Bergungslad schwer betroffen. 92 Menschen kamen dabei ums Leben.

**Trauerkleider gefährden** im faschistischen Italien die öffentliche Ruhe und Ordnung. Man hat an der Trauerkleidung der Witwe Matteottis Anstoß genommen und es wurde ihr von der Polizeibehörde untersagt, noch weiterhin um ihren ermordeten Gatten Trauerkleider zu tragen.

**Dollenbretche** gingen in der Nacht vom letzten April auf den 1. Mai in der Westfriesenmarkt, namentlich in Eibiswald und Schwanzberg nieder, die weite Landschaft überschwemmten und großen Schaden anrichteten.

## Parteiinmachten

Die Sammellisten für den „Mahnruf“ sind nun endgültig abzuliefern bei Gen. Koch, da der Termin abgelaufen ist. Bei neuerlicher Mahnung werden die Namen der Säumigen mitveröffentlicht.

Für den Pfingstausschlag sind die Einzahlungen jeden Samstag von 4 bis 7 Uhr nachmittags im Parteibüro bei Gen. Pendl zu machen.

### An alle Abonnenten des „Mahnrufes“ von Graz und Umgebung.

Um den Wünschen der Abonnenten Rechnung zu tragen, hat die Verwaltung die Einhebung des Monatsabonnements für die Zeit vom 1. bis 10. jeden Monats festgesetzt.

Die Verwaltung ersucht daher, in dieser Zeit die vierteljährliche Abonnementsgebühr von S — 48, vierteljährlich S 140 bereitzuhalten. Das Abonnement muß im vorhinein bezahlt werden, da wir aus eigener Kraft mit eurer Hilfe im Kampfe gegen den Kapitalismus den „Mahnruf“ halten müssen.

Wir wünschen und ersuchen euch, den Kassieren das Einheben zu erleichtern, damit sie nicht zu einem Abonnenten drei- bis viermal umsonst laufen müssen; die Kassiere machen diese Arbeit freiwillig und sind ebenso arme Teufel, die um ihren Doppler besorgt sind.

Die Verwaltung des „Mahnrufes“.

Genossen, die Violine und Blech beherrschen, wollen zur Zusammenstellung einer Kapelle innerhalb der Parteigenossen und Sympathisierenden mit Gen. Krebs, Fintengasse 3, in Verbindung treten. Parteigenossen, die sich in Violine, Gitarre oder Mandoline ausbilden wollen, können ebenfalls zum Genossen Krebs kommen.

### Briefkasten.

S. St. Es wird immer ärger. Wir müssen unbedingt noch darüber sprechen. Also ins Parteibüro kommen.

Fröhlich Josef, Rudolf Koller. Die Austrittserklärungen im Parteibüro abholen, es fehlen einige Angaben darauf.

## Der rote Späher.

Erzählung aus Sibirien von Kostichan.  
(Fortsetzung.)

XXX.

Bei Sats.

Als ich allein blieb, nahm ich eine geringe Anderrung an meinem Gesichte vor und ging ins nächste Dorf. Dort ersuhr ich, daß ein Kommandant einer Etappe im Dorfe stationiert sei. Ich ging zu ihm.

Ich erzählte ihm, ich hätte auf freiem Felde ein Flugzeug gesehen. Er schickte sofort ein paar Rotarmisten zur Bewachung hin, mir aber stellte er dafür einen Wagen mit zwei Pferden zur Verfügung.

„Fahre, Genosse, wohin du willst mit ihnen. Für das Flugzeug danke ich dir recht schön.“

„Keine Ursache zu danken“ . . .

Während man die Pferde anspannte, ging ich in eine leere Hütte und untersuchte gründlich die Dokumente und Pläne, die mir mein „Onkel“, der General, „gegeben“ hatte. Einiges legte ich beiseite und band es zu einem Bündel. Was mir brauchbar schien, steckte ich in meine Tasche . . .

„Wohin soll ich Sie bringen, Genosse Kommissar?“

„Mich? Nach Sorki, natürlich. Auch bin ich vorläufig kein Kommissar, sondern ein Rotarmist.“

„Nach Sorki? Zum Förster, um Holz zu kaufen? Da fahren in der letzten Zeit sehr viele Leute hin“ . . .

„Fahr zum Förster heran!“ . . .

„Ich habe also richtig geraten?“

„Erwarten, Alter! Hier hast du was, zum Hafer für die Pferde.“

„Vielen, vielen Dank! Sie werden wohl nicht lange dort bleiben? Vielleicht warte ich auf Sie? Ich werde ja sowieso abblättern.“

„Nun, so warte denn. Wir werden ja sehen . . .“

Vom Förster Sats wurde ich aufs herzlichste empfangen. Vor lauter Freude mußte er gar nicht, was er alles für mich tun sollte. Ich aber mußte mir große Gewalt antun, um mit ihm überhaupt zu sprechen. Seine Freundlichkeit reizte mich zum Erbötzen!

So ein verdorrter alter Beamter, ein richtiger Schweiß am Amtsschimmel. Kurz — ein Scheusal! Ich übergab ihm meine Dokumente und Briefe.

„Sie geflatten, Durchlaucht . . .“

„Genosse Sats, ich muß Sie noch einmal nachdrücklich bitten, mich nicht Durchlaucht zu nennen, sondern Genosse. Man muß sich an die Konspiration gewöhnen!“

„Hihhi, Genosse. Wissen Sie, meine Zunge will mir in diesem Falle nicht gehorchen. Wenn ich einen Härtsten „Genosse“ nennen soll!“

„Dann zwingen Sie sie eben!“

„Eine Frage . . . Genosse. Wie lange werden Sie bei mir zu bleiben geruhen? Übrigens, ich vermag Ihnen zu sagen: Heute besuchte mich eine höchst konspirative Persönlichkeit. Aber vor Ihnen habe ich

ja gar keine Geheimnisse. Sie sind ja selbst die aller-geheimste Persönlichkeit . . .“

„Was denn für eine konspirative Persönlichkeit? Sicher nur ein gewöhnlicher freiwilliger Offizier?“

„Offizier schon, aber kein gewöhnlicher Freiwilliger, sondern ein Agent zur Herbeiführung der Verbindung zwischen uns und Laiginsk. — Er beschafft die roten Berichte und schickt sie nach Laiginsk . . .“

„Wahrhaftig! Er ist direkt zu mir geschickt worden.“

„Das ist vorläufig ohne Interesse für mich. Ich habe andere Aufgaben. Haben Sie sonst nichts, wobei meine Anwesenheit erforderlich wäre?“

„Für übermorgen ist eine Versammlung von Organisatoren und Anführern jener Kampferbände der Großbauern einberufen, die im Rücken der Roten operieren werden.“

„Nun, dann werde auch ich hier sein . . .“

„Wie Sie wünschen. Das hängt ganz von Ihnen ab. Und wann wollen Sie fahren?“

„Jetzt gleich. Ich muß heute Abend noch an zwei Stellen sein.“

„Ich will Sie nicht aufhalten. Wollen Sie aber nicht vielleicht etwas essen?“

„Nein, ich danke, ich habe schon im Dorf gegessen.“

„Aber nein, Durchlaucht, das heißt, Genosse. Ohne einen kleinen Imbiß lasse ich Sie nicht fort.“

(Fortf. folgt.)